

cf. 10.09

Briefe an die Herausgeber

Eine Demokratie für Afghanistan?

Der Krieg in Afghanistan, über den die F.A.Z. jetzt fast täglich berichtet, ist meiner Meinung nach ohne eine drastische Veränderung der Strategie unmöglich zu gewinnen. Die westlichen Länder überschätzen die Wichtigkeit guter militärischer Ausrüstung und Waffen und vertrauen zu sehr auf die Wirkung und Funktionalität der Demokratie in allen Ländern der Welt. Um den Kern des Problems in anschaulicher Weise zu erläutern, sei es mir, einem Chinesen, erlaubt, den Vietnam-Krieg der sechziger Jahre mit dem Krieg in Afghanistan zu vergleichen, weil beide viele überraschende Ähnlichkeiten aufweisen.

Beiden Kriegen gemeinsam ist, dass auf der einen Seite jeweils eine Armee mit moderner Ausrüstung anzutreffen ist, die sich unkonventionell vorgehenden Guerrillakämpfern gegenüberstellt. Dabei bleibt die moderne Armee buchstäblich im Morast stecken. In beiden Kriegen bewegten sich die westlichen Armeen auf ähnliche Art und Weise in einer weiten, unbekannteren, fremden und mysteriösen Umgebung; der Unterschied besteht nur darin, dass Vietnam ein tropisches Regenwaldklima und Afghanistan ein Wüstenklima hat. Sprache, Religion, Kultur und Tradition sowie die Mentalität des Volkes in beiden Ländern sind gänzlich anders als in den westlichen Ländern. In Vietnam war der Gegner kommunistischen Glaubens, in Afghanistan steht den westlichen Ländern ein Heer von heiligen Kriegeren gegenüber, die noch schwerer zu bezwingen sind.

Im Gegensatz zu den aufgeklärten westlichen Ländern haben die Taliban den Krieg von Anfang an als Heiligen Krieg bezeichnet und damit noch stärker die Betonung auf den Glauben gelegt, als dies im kommunistischen Vietnam der Fall war. Für westliche Länder ist es immer eine überaus wichtige Nachricht, wenn ein Soldat ums Leben kommt. Das ganze Land befindet sich dann in Trauer, es wird nachdenklich diskutiert und debattiert. Auf der gegnerischen Seite findet eine solche Reaktion und Belastung der Anführer nicht statt. Jeder Tod ist nur ein Martyrium, und es kommt nicht darauf an, ob man für den Kommunismus oder für Allah stirbt. So wie der Westen damals die südvietnamesische Regierung unterstützte, wird heute die afghanische Regierung unterstützt. Beiden gemeinsam ist, dass sie nicht nur nicht demokratisch

sind, sondern sogar in einem krassen Widerspruch zur Demokratie stehen. Beide waren oder sind unfähig und korrupt.

Wie kann man diesen Krieg noch gewinnen und Afghanistan zum Frieden führen? Statt abzuwarten, dass diese vermeintliche Demokratie im Sand versinkt, wäre es besser, eine starke, aber funktionierende Regierung aufzubauen, auch wenn sie autoritär geprägt ist. Die westlichen Länder müssten eine solche Regierung nur durch die Ausbildung der Polizei, mit Waffenlieferungen und mit finanzieller Hilfe beim Aufbau des Landes unterstützen. Wenn eine stabile Lage eingetreten und die öffentliche Ordnung hergestellt worden sind, kann eine langsame wirtschaftliche Entwicklung stattfinden. Das afghanische Volk mag nach dieser Stabilisierung mit Hilfe seiner Intellektuellen ein Verständnis für demokratische Strukturen entwickeln und beginnen, sich danach zu sehnen oder selbst danach zu rufen. Als Beispiele für einen Wandel in Etappen von einer autoritären Regierung zu einem demokratisch geführten Staat können Taiwan und Südkorea dienen.

Deshalb wird es die wichtigste Aufgabe westlicher Politiker sein, in Afghanistan so schnell wie möglich eine fähige Persönlichkeit zu finden. Dann kann durch eine effiziente Organisation und die Mobilisierung der Massen mit voller Kraft gegen die Taliban gekämpft werden. Auch wenn dieser Politiker ein Mann wie Putin sein sollte, wäre er dem unfähigen Karzai und den selbsternannten lokalen Machthabern allemal vorzuziehen.

Demokratie ist eine Mentalität und muss, wie eine zarte Pflanze, in die Umgebung passen und sorgfältig gepflegt werden, denn ohne die Anpassung an Luft und Erde würde auch eine Pflanze eingehen. Schlimmer noch als bei einer eingehenden Pflanze breitet sich sonst eine giftige, unwirtliche Atmosphäre aus, und es entwickelt sich Misstrauen und Hass gegen die Demokratie. Am Ende versiegen dann alle guten Hoffnungen, und der Wunsch nach einer Demokratie wird begraben. Ich schreibe das nicht nur in Bezug auf Afghanistan oder den Irak, sondern zugleich auch, um auf die langsame Entwicklung der Volksrepublik China zu einem demokratischen System hinzuweisen.

**JUN YANG, DOKTORAND
DER RECHTSWISSENSCHAFTEN
AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT, BERLIN**